

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rbtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Rundmachungen

Anzeigenpreise: die 10spalt. mm-Zeile
 Inland 8 Rp. 21 Rp.
 Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
 Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
 Ausland 13 Rp. 29 Rp.



Anzeigennahme für das Inland:
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
 Schweizer Annoncen A.-G.
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Wohlfahrtsstaat oder Versorgungsstaat

Anmerkung der Redaktion: Vor kurzem hielt Landeshauptmann Ulrich Ilg ein grundsätzliches Referat über die Frage, wieviel der einzelne vom Staat erwarten und fordern darf, ohne die eigenen Grundsätze der Freiheit zu verlassen. — Wir möchten die Ausführungen dieses markanten Vorarlberger Politikers und Regierungsmannes auszugswise zum Abdruck bringen, weil sie auch für uns von besonderer Bedeutung sind.

«Der Ablauf des täglichen Lebens ist so von Tagesfragen überschattet, daß wir viel zu wenig Zeit finden, uns darüber Gedanken zu machen, wie sich diese Dinge grundsätzlich auf das Zusammenleben der Menschen auswirken. Es dürfte sich deshalb empfehlen, auf die Gefahren einer solchen Oberflächlichkeit ganz nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Wir sind alle für möglichst viel Freiheit und doch rufen wir jeden Tag nach mehr staatlicher Hilfe, nach dem Zwang, nach mehr Staatswirtschaft und mehr Bürokratie und damit unbeachtet nach mehr Unfreiheit und Staatsallmacht.

Die heutige Gesellschaftsordnung ist selbstverständlich nicht mehr denkbar ohne soziale Hilfe und ohne soziale Einrichtungen. Staatliche Hilfe fängt aber dort an für das allgemeine Wohl auch nachteilige Folgen auszulösen, wo sie das Interesse an Selbsthilfe und Leistungsfreude untergräbt. Hier verläuft die Grenze zwischen Wohlfahrtsstaat und Versorgungsstaat. Selbst die österreichischen Bischöfe hatten im Sozialhirtenbrief den Mut, auf die Gefahr hinzuweisen, die ein Versorgungsstaat mit sich bringt. Es heißt dort wörtlich: «Der Wohlfahrtsstaat gibt Hilfe, soweit dadurch Selbsthilfe angeregt wird. Der Versorgungsstaat hilft wahllos, wo irgend eine Unzufriedenheit auftaucht. Er macht die Einschränkung nicht, daß jede Hilfe die Selbsthilfe anregen soll. Dadurch belastet er aber alle seine Bürger steuerlich so schwer und schränkt die Freiheit so ein, daß sich niemand mehr wohlfühlen kann. Eigentätigkeit, Eigenleistungen, Eigenverantwortung der Bürger werden auf Sparrationen gesetzt. So wird dem Menschen eine sehr notwendige Freude geraubt, nämlich die Leistungsfreude. Ist aber die Leistungsfreude weggenommen, dann wird das Leben leer, unausgefüllt, oft sinnlos. Ein ungemessenes Vergnügungsverlangen ist die Folge.»

Dieser Absatz aus dem Sozialhirtenbrief sollte geradezu auswendig gelernt werden. Es liegt nun einmal in der Natur der Schöpfung, daß jeder Mensch zuerst selbst für sein Fortkommen und für die Seinen zu sorgen hat. Dazu hat jeder Mensch den Selbsterhaltungstrieb bekommen. Der Staat hat nur helfende Zuständigkeit. Wenn ein Staat seinen Bürgern von der Wiege bis zum Grabe hundertprozentige Sicherheit geben will, dann wird der Selbsterhaltungstrieb lahm gelegt. Leider gibt man sich viel zu wenig Rechenschaft darüber, was damit eigentlich angestellt wird.

Führende Nationalökonomien wie Professor Röpke, Professor Priebe usw. werden nicht müde, immer wieder die Nützlichkeit der freien Wettbewerbswirtschaft zu unterstreichen und die Nachteile der reglementierten Wirtschaft hervorzuheben. In dem viel beachteten Buche «Jenseits von Angebot und Nachfrage» macht Professor Röpke sehr anschaulich, wie die zunehmende Reglementierung der Wirtschaft, die zunehmende Besteuerung des Volkseinkommens, die den Staat zum 40%igen und noch größeren Teilhaber aller Unternehmungen macht, zur Aufweichung des Eigentums, zur Aufweichung des Geldes und letzten Endes zum totalitären Staat führt, der auch vor den persönlichen Freiheiten des Menschen keinen Halt macht.

Es bestehen also zwischen Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft und weit ausgebauten Sozialleistungen eines Staates unbedingte Zu-

sammenhänge. Wir in Oesterreich rühmen uns, in Bezug auf Sozialleistungen sehr führend zu sein. Wenn wir selbst Zeuge sind, wie bei uns soziale Einrichtungen oft auch mißbraucht werden, kann man sich des Gefühles nicht erwehren, daß wir mit dieser Fortschrittlichkeit weit genug gegangen sind. Das würden wir besonders dann am meisten zu spüren bekommen, wenn es einmal von außen her bedingt einen erheblichen Konjunkturrückschlag gäbe.

Ich bin nun nicht der Meinung, daß am gegenwärtigen Stand der sozialen Einrichtungen in Oesterreich, die bestimmt mehr Gutes als wie Uebertriebenes in sich schließen, viel geändert werden soll oder kann, aber wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir den Mut haben müssen, einer weiteren Ausdehnung uns entgegenzustellen, wenn wir nicht in den gefährlichen Versorgungsstaat hineinschlittern wollen. Diese Erkenntnis hat auch Folgerungen für unsere Agrarpolitik.

Wenn jemand berufen ist, für die Erhaltung freier Wirtschaften einzutreten, dann besonders der Bauernstand. Der Bauer als freier Mensch in Gottes freier Natur hat noch den Vorzug, daß ihm viel Eintönigkeit und Schablonenhaftigkeit erspart bleibt. Diese Freiheit müßte auch dem Bauernstand weitgehend verloren gehen, wenn der Staat überall hundertprozentige Sicherheit gewährleisten soll. Es geht meines Erachtens zu weit, wenn ein Berufsstand eine Staatsgarantie für bestimmte Preise oder für ein bestimmtes Einkommen verlangt. Eine solche Garantie wird auch im Rahmen des europäischen Marktes nicht möglich sein.

Mit der Verwirklichung des europäischen Marktes ist insbesondere das Bestreben verbunden, auch die Freiheit der Preise und des Warenverkehrs herzustellen. Damit werden insbesondere Import- und Exportsubventionen zu Falle kommen müssen. Deshalb ist noch nicht gesagt, daß auch die innerstaatlichen Stützungen für die Landwirtschaft in Wegfall kommen werden, aber es liegt auf der Linie des einheitlichen Marktes und der einheitlichen Preise, daß man nur über Einschränkungen und nicht über Ausdehnung dieser Stützungen verhandeln wird.

Die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes wird dessenungeachtet in allen Industriestaaten weiterhin ein besonderes Anliegen der öffentlichen Stellen bleiben müssen. Die bisherigen Zuwendungen zu landwirtschaftlichen Struktur- und Betriebsverbesserungen sind jedenfalls weiterhin ein geeignetes Mittel, die Selbsthilfe anzuregen und man wird diesen ihre Berechtigung nicht absprechen können. Im übrigen ist die vielfach geäußerte Befürchtung von freien Preisen des europäischen Marktes bestimmt übertrieben. Ganz abgesehen von der allgemeinen Hebung der Wettbewerbsfähigkeit werden diese auch für den einzelnen nicht weniger Vorteile als Nachteile zur Folge haben. Allfällige Änderungen von Preisen werden abwechseln bald zugunsten des Produzenten und ein andermal wieder zugunsten des Konsumenten. Wichtig ist das Einsehen auf beiden Seiten, daß gewisse Schwankungen nicht etwas Ungesundes sind, sondern daß dies ein wesentliches Merkmal einer besseren Wirtschaftsordnung darstellt.

Wenn bei anderen Sektoren der Standpunkt vertreten wurde, es gehe nicht zuerst darum, Bestehendes zu vermindern, sondern vor allem darum, eine weitere Verstaatlichung des Lebensraumes aufzuhalten, dann wird auch bei der Landwirtschaft das Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß wenigstens immer wieder neue Forderungen um Staatshilfe abgebremsst werden.

Es gehört etwas Mut dazu, mit dieser Offenheit gegen den Strom zu schwimmen. Noch gibt es insbesondere im Kreise der Arbeitnehmer viele, die der Auffassung sind, man könne in

sozialer Hinsicht überhaupt nie genug tun und jeder, der eine andere Meinung hat, sei ein Gegner der minderbemittelten Leute. Diese einseitig orientierten Arbeiter- und Volksvertreter verschließen ihre Augen vor der Tatsache, daß jede soziale Mehraufwendung doch wieder von den einfachen Leuten bezahlt werden und daß insbesondere bei jungen Leuten die Erziehung einer Staatsrentnergesinnung verheerenden Folgen haben muß. Es kommt deshalb sehr darauf an, daß die öffentliche Meinung noch viel mehr als bisher mit dem Unterschied zwischen Wohlfahrtsstaat und Versorgungsstaat vertraut gemacht wird.

In Wirklichkeit geht es dabei noch um eine viel tiefer liegende Frage, nämlich darum, ob der Mensch oder ob das Kollektiv das sinngebende Element unseres Daseins ist. Wir merken vielfach nicht, daß die zunehmende Verstaatlichung aller Lebensbereiche das Leitbild vom Menschen und seiner Freiheit zu zerstören droht. An die Stelle der Lehre, daß der Mensch ein Ebenbild Gottes sei und einen freien Willen habe, soll eine Sozialreligion treten, die die Staatsallmacht zum Götzen erhebt. Ob diese Sozialreligion nun Kommunismus, Sozialismus oder Nationalismus heißt, ändert nichts an der Tatsache. Diese Ersatzreligionen lehren, wenn sie es auch nicht offen zugeben, daß der Mensch für den Staat da ist und nicht umgekehrt. Jede Freiheitseinschränkung sei recht, wenn sie dem Staate nützt.

Es ist bezeichnend, daß ein liberaler Mann wie Professor Röpke schreiben muß: «Der tiefste Sitz der Krankheit unserer Kultur liegt in der geistig-religiösen Krise, die sich in jedem einzelnen vollzogen hat.» Freiheitsrechte der Menschen verteidigen heißt deshalb auch für die Lehre eintreten, die den Menschen als Ebenbild Gottes verkündet.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die Freiheit des Menschen übertrieben und wo alles nur Angebot und Nachfrage überlassen wurde. Heute laufen wir Gefahr, gleich einer schleichenden Inflation ins gegenteilige Extrem hineinzuschlittern. Wer Angebot und Nachfrage ganz abschaffen will, trifft nicht nur die Leistungsfreude und die Bereitschaft zur Selbsthilfe, sondern er wird bewußt oder unbewußt zum Anwalt eines Systems, einer Gesellschaftsordnung, die sich herausstellt als Ersatzreligion und trifft damit geistige Werte, die uns hoch und teuer sind.

Die Menschen von heute merken vielfach gar nicht, wie sehr sie schon in die Denkgewohnheiten dieser Ersatzreligionen hinabgezogen sind. Der Kult des Lebensstandards und der Gleichschaltung wird als der Weg zum Lebensglück betrachtet. Diese Straße zum Glück muß früher oder später in einer Sackgasse enden. Es ist bezeichnend, daß liberale Nationalökonomien den Satz niedergeschrieben haben: «Das Gedeihen des Kommunismus wird eher durch eine leere Seele als durch einen leeren Magen begünstigt.» Auch in den zurückgebliebenen Ländern mußte man die Erfahrung

Fürstentum Liechtenstein

Zum 30. Todestag Welland Fürst Johannes des Guten.

Am 11. Februar 1959 jährte sich der Tag des Hinschiedes S. D. Fürst Johannes des Guten zum dreißigsten Male. — Viele Liechtensteiner werden sich wieder zurückversetzt fühlen in jene Trauerstunden, als aus dem Schloß Felsberg die Todesnachricht eintraf. — Noch ist das Andenken und die Erinnerung an diesen großen Fürsten durch, von dem unser Volk mit Recht sagen durfte, daß er sein Vater war.

Balzers. Rechnungsbericht der Milchverwertungsgenossenschaft.

Am letzten Sonntagnachmittag fand die Jahresversammlung der Milchverwertungsgenossenschaft Balzers statt. Neben der Abnahme des Rechnungsberichtes, der allen Mitgliedern

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Eine Neuerung, die sich nicht bewährt . . .

Seit geraumer Zeit wurde in Vaduz die tägliche Schulzeit so angesetzt, daß die Schüler der Volksschulen um 12.00 Uhr mittags Schulschluß haben und der Nachmittagsunterricht um 14.00 Uhr beginnt. Man ging damit von der früheren Regelung ab, die die Mittagspause von 11.00 bis 13.00 Uhr festsetzte. Die neue Regelung bewährt sich aber leider nicht und viele Mütter sind der Ansicht, daß der jetzige Zustand wieder beseitigt werden sollte. Abgesehen davon, daß die Schüler ausgerechnet dann auf den Weg müssen, wenn der größte Verkehr auf den Straßen ist, bringt die neue Zeiteinteilung vor allem für den Familientisch Nachteile, die in erster Linie die Mütter zu spüren bekommen. Ist es in vielen Fällen nun so, daß die Väter zum Mittagessen auf die Kinder warten müssen. Warum nicht einen Mittelweg gehen, der den vormittäglichen Schulschluß auf 1/2 12 Uhr und den nachmittäglichen Beginn auf 1/2 2 Uhr festsetzen würde? Eine solche Zeiteinteilung wäre sicher günstiger und würde die Kinder vor allem nicht den Verkehrsgefahren so aussetzen, wie dies jetzt der Fall ist.

Es wäre wünschenswert, wenn diese Frage durch die zuständige Behörde geprüft würde und manche Mutter wäre hiefür den Verantwortlichen dankbar.

Mehrere Mütter.

Redaktionelle Notiz:

Für die „Tribüne der freien Meinung“ gingen uns erneut Einsendungen zu, die keinen Absender tragen. Wir müssen daher wiederholt darauf hinweisen, daß anonyme Zuschriften nicht veröffentlicht werden und in den Papierkorb wandern. — Wir bitten alle Einsender um entsprechende Aufmerksamkeit und danken bei dieser Gelegenheit allseits für die rege Mitarbeit.

machen, daß der Wettkampf gegen den Kommunismus nicht mit Radio, Kühlschränken und Breitwandfilmen gewonnen werden kann, sondern daß man anfangen muß, sich wieder mehr für die geistigen Werte einer übernatürlichen Religion zu besinnen. Diese Zusammenhänge bestehen nun einmal.

Wenn wir die schleichende Gefahr der zunehmenden Verstaatlichung aller Lebensbereiche als Ersatzreligion richtig erkennen, werden wir bereit sein, bei der krankhaften Ruferei nach mehr staatlicher Hilfe zu bremsen und zudem uns für Mittel und Wege einsetzen, die wie Dezentralisation und Entproletarisierung einem gesunden Wohlfahrtsstaat förderlich sind.

schriftlich zugestellt worden war, wurde die Nachzahlung eines Rappens pro im vergangenen Jahr eingelieferter Milch beschlossen, wodurch das Genossenschaftsmitglied mit 45 Rappen pro Kilo Milch entschädigt wird. Die Wahlen ergaben eine Bestätigung des bisherigen Vorstandes mit dem Präsidenten Alois Frick. Neu gewählt wurde Karl Frick Nr. 362, während in die Geschäftsprüfungskommission zusätzlich Eugen Gstöhl und Xaver Frick bestellt wurden. Anschließend fand noch die Wahl des Alpvogtes der Alpengenossenschaft Guschglial statt, wobei Baptist Vogt Nr. 34 gewählt wurde.

Aus dem Rechnungsbericht entnehmen wir, daß die Mobilien und Immobilien durch den Anbau und Kauf einer Zentrifuge um rund Fr. 10 000.— erhöht wurden, worauf wieder rund Fr. 2 000.— abgeschrieben werden, sodaß dieser